

Zeitschrift: FRAZ : Frauenzeitung
Band: - (2000-2001)
Heft: 4

Artikel: Die Herausforderungen eines neuen Staates
Autor: Reimann, Manuela
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1054042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Herausforderungen

Die palästinensische Frauenbewegung: Zwischen allen Fronten

Im Gazastreifen und in der Westbank – zumindest dort, wo die PalästinenserInnen über die beschränkte Autonomie verfügen – wird intensiv am Aufbau eines Staates gearbeitet. Zwar weiss noch niemand, wann und ob es diesen Staat geben wird, doch werden in der Quasi-Autonomie bereits jetzt die Strukturen der Selbstverwaltung aufgebaut. Die palästinensische Frauenbewegung steckt mitten drin in den Debatten um die Ausgestaltung dieses Staatswesens.

Die palästinensische Frauenbewegung spielt seit der Intifada, dem Aufstand gegen die israelische Besatzung ab 1987, eine wesentliche Rolle in der Innenpolitik, da die Frauenkomitees innerhalb und ausserhalb der Parteien eine breite Basis zu mobilisieren vermochten. Ausserdem waren es die vielen Frauen-Projekte, welche die Grundversorgung der Bevölkerung während den Streiks und den Abriegelungen der besetzten Gebiete gewährleistet hatten. Die Intifada hatte aber je länger desto mehr deutlich gemacht, dass das Engagement innerhalb der männlich-dominierten, wenn auch linken Parteien keineswegs zu mehr Gleichberechtigung für Frauen führt. Die Palästinenserinnen machten damals dieselbe Erfahrung, wie sie viele Frauen in Unabhängigkeitsbewegungen erleben mussten: Im Kampf gegen den Feind willkommen, werden sie danach wieder «hinter den Herd» geschickt.

Eigenständig politisieren statt sich in Parteien aufzureiben

Mit der Hinwendung zu einem religiösen Fundamentalismus – verursacht durch die wirtschaftliche Misere, Frustrationen und Hoffnungslosigkeit und auch durch die Suche nach einer eigenen palästinensischen Identität – wurden in Palästina während der Intifada die gesellschaftlichen Tendenzen stärker, die eine rigidere Moral und traditionelle Geschlechterbeziehungen forderten. Bald gingen die neuen Islamisten gegen sämtliche Frauen vor, welche ihrem Frauenbild nicht entsprachen: Das Tragen eines Kopftuches wurde im Gazastreifen zeitweise mit Gewalt durchgesetzt, Frauenrechtlerinnen als Prostituierte und «westliche Agentinnen» diffamiert. Die PLO-Parteien und die Intifadaführung liessen dabei die Frauen im Stich; sie verurteilten diese Strömungen nur oberflächlich, versuchten sie doch gleichzeitig, die islamistischen Parteien in die Intifada einzubinden.

Schliesslich zogen sich die Frauenorganisationen vom Widerstand gegen die Besatzung zurück und engagierten sich in erster Linie für die Förderung der Frauenrechte. Als nach dem Friedensabkommen von Oslo 1993 mit dem Aufbau einer Selbstverwaltung begonnen werden konnte, mischten sich die Frauenorganisationen von Anfang an ein. Sie engagierten sich auf allen Ebenen für eine frauenfreundlichere Ausgestaltung dieses Quasi-Staatswesens: Nicht nur gründeten sie eigene Lobbyorganisationen und stellten Frauen für die ersten Wahlen in Ämter und für das Parlament auf. Sie bekämpften sämtliche Gesetzesvorlagen und Verordnungen, die Frauen auf die eine oder andere Weise diskriminieren. Die palästinensische Autonomiebehörde ist – trotz pathetischer Be-

kenntnisse zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter – autoritär und vor allem patriarchal. Dazu kommt, dass die palästinensische Autonomiebehörde für die Friedensverhandlungen mit Israel nach aussen hin als vom Volk legitimierte Vertretung aller PalästinenserInnen auftreten will und deshalb interne Zwiste möglichst zu vermeiden versucht. Das lässt sie Zugeständnisse an die konservativen Kreise machen, da diese mittlerweile eine wesentliche Kraft in der palästinensischen Gesellschaft darstellen.

Das Schattenparlament

Im palästinensischen Legislativrat zeigte sich die patriarchale Grundhaltung der meisten palästinensischen Politiker deutlich, als dieser begann, das Zivilgesetz zu diskutieren. Konservative Familienvorstellungen beherrschten die Diskussion. Verschiedene Frauen- und Menschenrechtsorganisationen schlossen sich daraufhin zusammen und demonstrierten, wie sie sich ein frauengerechtes Parlament vorstellen würden: Sie stellten das sogenannte Schattenparlament auf die Beine, das aus gewählten VertreterInnen mit einer Frauenquote von fünfzig Prozent bestand. In den vorbereitenden Sitzungen und der öffentlichen Hauptsession des Schattenparlaments wurden Ergänzungen und Anträge zum Zivilgesetz formuliert, welche die bestehenden frauenfeindlichen Paragraphen ersetzten. Dabei wurden Themen angesprochen, welche nicht nur die konservativen Kreise auf die Barrikaden brachten. In der Diskussion des Strafrechtes etwa wurde eine harte Bestrafung von sexueller Gewalt gegen Frauen und deren Verfolgung als Officialdelikt verlangt, insbesondere bei Inzest und sogenannten «Ehrenmorden». Sie sprachen damit ein Tabu an, das Frauenrechtlerinnen zunehmend beschäftigt: Die steigende Zahl junger Frauen, die von Verwandten der Familienehre halber umgebracht werden. Dazu reicht manchmal der blosser Verdacht oder Gerüchte über ein unsittliches Verhalten. Oder die Frau wurde vergewaltigt – und ist in den Augen der Männer ihrer Familie schuld daran. Vertreterinnen der Frauenorganisationen, welche sich für betroffene Frauen einsetzen, betonten im Gespräch immer wieder, dass Frauenmorde in allen Gesellschaften vorkommen. Mit dem Zivilgesetz müssten aber solche Verbrechen auch in Palästina wenigstens geahndet werden können, sonst habe ein zukünftiger palästinensischer Staat den Titel Demokratie nicht verdient.

Mit dem Schattenparlament, den begleitenden Demonstrationen gegen den offiziellen, frauenfeindlichen Entwurf des Zivilgesetzes im Parlament und viel Lobbyarbeit hatte die Frauenbewegung schliesslich Erfolg: Das Parlament nahm wesentliche Korrekturen vor, wie sie vom Schattenparlament eingebracht wurden. So können Frauen beispielsweise neu als Familienoberhaupt gelten, amtliche Dokumente ohne die Unterschrift des Ehemannes oder Vaters beantragen und ihren Kindern die eigene Staatsbürgerschaft übertragen.

Die im Schattenparlament diskutierten Themen und formulierten Forderungen brachten der Frauenbewegung aber massive Kritik ein. In Mo-



eines neuen Staates

scheen und auf der Strasse wurde gegen die von westlichen Vorstellungen «verdorbenen Frauen» gewettert, manchenorts wurden sogar Frauenzentren angegriffen. Aber auch liberalere Kreise der Opposition wandten sich von den Frauenorganisationen zeitweise ab: Sie kritisierten nicht so sehr die Gleichberechtigungsforderungen und Tabubrüche, sondern vielmehr die Anmassung, durch das Schattenparlament das offizielle Parlament zu diskreditieren. Im Parlament – als gewählter Institution – sei nämlich immerhin auch die Opposition vertreten; es müsse gegenüber der autoritären Exekutive unter Arafat gestärkt und nicht zusätzlich geschwächt werden. Im Machtkampf zwischen Exekutive und Legislative sind die Kompetenzen bis heute unklar; Präsident Arafat versucht immer wieder, seine eigenen Vorschläge durchzusetzen und die Befugnisse des Legislativrates zu beschränken.

Viel Arbeit an vielen Fronten

Die Frauenorganisationen lassen sich aber ihre Kritik am patriarchalen Parlament nicht nehmen. Bereits beschäftigen sie sich mit dessen nächster Gesetzesvorlage, dem Familiengesetz (siehe Interview). Wichtigste Forderung der Frauen ist die Heraufsetzung des Mindestalters für die Eheschliessung auf achtzehn Jahre. In den letzten Jahren ist das Heiratsalter in Palästina massiv gesunken; eine Studie des «Women's Affairs Center» in Gaza errechnet, dass zweiundvierzig Prozent der Frauen im Gazastreifen mit weniger als siebzehn Jahren verheiratet werden, dreizehn Prozent sind sogar unter fünfzehnjährig. Die Hebung des Heiratsalters durch das Zivilgesetz verfolgt aber auch ein zweites Ziel: Verbunden mit der frühen Heirat ist die hohe Zahl der Geburtenrate. Die Westbank und der Gazastreifen liegen mit einer Rate von 6,1 Kindern pro Frau weltweit an der Spitze.

Die meisten Familien verheiraten ihre Töchter aus ökonomischen Gründen so früh – weil sie sie dann nicht mehr ernähren und zur Schule schicken müssen. Eine hohe Kinderzahl ist zudem weiterhin die einzige «Altersvorsorge», da es noch immer keine Altersrenten und Sozialversicherungen gibt. Die desolote wirtschaftliche Lage und die politische Frustration fördern den Rückzug in traditionelle Familienstrukturen und Werte. Deshalb arbeiten die meisten Frauenorganisationen an mehreren Fronten gleichzeitig: im Widerstand gegen die Besetzung Palästinas durch Israel, genauso wie im inneren Einsatz für mehr Gleichberechtigung und Demokratie, im alltäglichen Engagement für die Unterstützung armer Frauen und Familien, in der Frauenbildung und im Gesundheitswesen. Der Preis dafür ist hoch, geraten sie durch ihren Ansatz für die Gleichberechtigung – für die Frauen gegenüber den «eigenen» Männern, aber für die PalästinenserInnen als Volk gegenüber Israel – zwischen alle Fronten.

Interview mit Hanan Aruri Boudart

Die «Palestinian Working Women's Society» PWWS – früher Teil der kommunistischen Partei, heute unabhängig – ist eine der grössten Frauenorganisationen Palästinas. Sie setzt sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen für die Gleichberechtigung der Frauen ein: Vom Lobbying auf höchster innenpalästinensischer Ebene über Bildungsprogramme für Frauen bis hin zu Beratungszentren für misshandelte Frauen. Hanan Aruri Boudart ist Projektverantwortliche der PWWS und besuchte Mitte September auf Einladung des feministischen Hilfswerks cfd (Christlicher Friedensdienst) die Schweiz.

Manuela Reimann: Der Friedensprozess stagniert zwar seit dem Abbrechen der Verhandlungen in Camp David, doch ist die nationale Frage in der öffentlichen Debatte wieder dominierend. Wie könnt ihr Frauenorganisationen eure «innerpalästinensischen» Anliegen öffentlich thematisieren in einer Zeit, die dermassen von aussenpolitischen Fragen dominiert wird?

Hanan Aruri Boudart: Es ist momentan sehr schwierig, mit Frauenanliegen an die Öffentlichkeit zu gehen. Die sogenannten Friedensverhandlungen sind aber auch für uns grundlegend, denn es geht ja auch um unsere Freiheit und Rechte. Unsere «innere» Arbeit wird am meisten durch die andauernde Besatzungssituation behindert. Immer noch ist es für Westbankerinnen beispielsweise praktisch unmöglich, sich mit Projektpartnerinnen im Gazastreifen zu treffen. Unsere Arbeit ausserhalb der autonomen Gebiete – sie entsprechen nur einem kleinen Teil des von Israel besetzten Territoriums – ist ausserdem sehr kompliziert, gerade was unsere Arbeit mit Frauen in ländlichen Gebieten betrifft. Diese sind für uns nur unter erschwerten Bedingungen erreichbar, überall hat es Strassenblockaden und Kontrollen des israelischen Militärs. Dazu kommen die alltäglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter welchen wir leiden. Sie dominieren unsere Arbeit nach wie vor.

Die palästinensische Frauenpolitik im Spannungsfeld interner und aussenpolitischer Entwicklungen

Bei Redaktionsschluss dieser FRAZ ist völlig unklar, wie die kürzlich ausgebrochenen Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten und auch innerhalb Israels ausgehen werden, ob die Gewalt in einen Krieg münden wird oder ob es gelingen wird, die Situation wieder zu entspannen. Solche gewalttätige Ausbrüche von Frustration und Hoffnungslosigkeit seitens der PalästinenserInnen und die entsprechend harte Reaktion des Besatzerstaates hat es immer wieder gegeben, allerdings sind sie heute heftiger als auch schon.

In einer solchen stets gespannten Situation überlagern die «ausserpolitischen» Wendungen im israelisch-palästinensischen Friedensprozess dauernd den Aufbau eines eigenen, autonomen Staatswesens in einer autonomieähnlichen Struktur, die eben noch kein Staat sein darf. Wie viel von den Ansätzen palästinensischer Demokratie nach diesen Unruhen übrigbleiben wird, hängt aber auch massiv von Arafats weiteren Autoritätsansprüchen ab.

Friz

Zeitschrift für Friedenspolitik

Thema

Medien & Krieg

Die Rolle der Medien • Unabhängige Medien im Konflikt • Medienintervention und -Kolonialismus • Kriegssprache und -berichterstattung •

Aktuell

Sonderpolizeigesetz gegen AusländerInnen

Forum

Sant' Egidio: Kleine Oase für grosse Politik

Bestellen Sie die Friz 5-00 noch heute per Telefon 01/242 22 93 oder 242 85 28, Fax 01/241 29 26 oder E-mail friz@dplanet.ch

BOA

FrauenLesbenAgenda

Jeden Monat die Frauenveranstaltungen der Deutschschweiz auf einen Blick

Jahresabo Fr. 66.-, Probenr. Fr. 6.-

Aemtlerstr. 74
8003 Zürich
Tel./Fax 01/461 90 44
e-mail: boa@fembit.ch
http://www.boa.fembit.ch

Trudi und Heidi vom Organisationsteam
Lesbentagung Leuenberg 2000
präsentieren

am 3./4. Februar 2001 in Trogen

Lesbenbegegnung im Lindenbühl

4 Workshops:

- Lesben in der Literatur
- Single
- Coming out
- Massage

Abends: Disco und andere Unterhaltung

Informationen: Heidi Handschin
Tel./Fax (061) 921 04 64 G.
Tel. (061) 901 63 59 P.
E-Mail: couture.handschin@bluewin.ch

die

LESBENZEITSCHRIFT

Wir sind
interkompetent,
transprofessoral
und umpolitisch.

erscheint regelmässig viermal jährlich
Einzelnummer 8.- / Abo 28.- plus Porto
Redaktion die, Mattengasse 27, 8005 Zürich
Telefon 01-272 52 80, Fax 01-272 81 61
www.fembit.ch, e-mail: die@fembit.ch

HESSKISS



LE MONDE
diplomatique

Wenn Sie Monat für Monat mehr über das politische Geschehen auf der Welt erfahren möchten, abonnieren Sie jetzt am besten «Le Monde diplomatique», die Monatszeitung für internationale Politik in deutscher Sprache. «Le Monde diplomatique» erhalten Sie, wenn Sie die «Wochenzeitung, WoZ» abonnieren. «Le Monde diplomatique» gibt's aber auch ohne die WoZ: ein Schnupperabo (3 Ausgaben) kostet SFr. 10.-, ein Jahresabo SFr. 72.- und ein Jahresabo zum Ausbildungstarif nur SFr. 48.-
diploabo@woz.ch oder Le Monde diplomatique/WoZ, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 01 448 14 44, www.monde-diplomatique.ch

Trotz dem fehlenden Erfolg im Friedensprozess arbeitet die palästinensische Gesellschaft auf einen eigenen Staat hin und schafft entsprechende Strukturen. Ihr seid stark darin eingebunden und werdet deshalb verschiedentlich heftigst angegriffen. Wie äussert sich die öffentliche Meinung gegenüber den Frauenorganisationen in Palästina gegenwärtig?

Als wir das Schattenparlament auf die Beine stellten, war die Haltung uns Feministinnen gegenüber sehr feindlich, dieses Projekt hat sehr viele Kräfte gegen uns mobilisiert. Mittlerweile ist die Aufmerksamkeit wieder auf die nationale Frage konzentriert. Die Frauenorganisationen selber halten sich momentan auch zurück. Die Thematik der Frauenrechte wird ausserdem langsam als eine normale politische Agenda akzeptiert. Die Konservativen regen sich heute nicht mehr bei jedem kleinsten Vorstoss unsererseits auf.

Die Aggressionen gegen die Frauenorganisationen werden aber bestimmt wieder aufflammen, sobald wir mit dem Thema des Familienrechts in die Öffentlichkeit gehen. Die politischen Kommissionen sind nun nämlich dabei, einen Entwurf für ein Familiengesetz auszuarbeiten. Und natürlich arbeiten wir an unserem eigenen Entwurf, der vielen nicht gefallen wird.

Heisst das, dass momentan eine grössere Toleranz gegenüber eurer Arbeit herrscht? Oder werden immer noch gewisse Projekte als westlich-feministisch, moralverderblich kritisiert?

Die Frauen, gerade diejenigen der Basis, haben realisiert, dass ihre Beteiligung im aktuellen politischen Prozess von äusserster Wichtigkeit ist. Deshalb unterstützen sie unsere Projekte, die ein politisches Bewusstsein der Frauen fördern. Wir thematisieren ja nicht nur Frauenrechte. Wir sprechen vielmehr über Fragen der Demokratie, über den Rechtsstaat, über Wahlen und Wahlrecht.

Diese «Einmischung» wird von der Autonomieregierung immer noch massiv kritisiert. Gegen unsere sozialen Programme, die viele Frauen zum Überleben brauchen, hat niemand etwas einzuwenden. Die Autonomiebehörde betrachtet uns aber als eine Gefahr für die Stabilität des Systems, sobald wir es wagen, die Machtverhältnisse zu kritisieren.

Für uns ist aber klar – und das sagen wir laut –, dass es ohne Demokratie keine Gleichberechtigung für uns Frauen gibt, ohne faire Wahlen keine Chancen auf eine anständige Frauenvertretung. Damit provozieren wir, so dass gewisse Vertreter der Autonomiebehörden unsere Büros schliessen möchten.

Du hast die kommende Debatte über das Familienrecht erwähnt. Einerseits habt ihr stets die patriarchalen Positionen des existierenden Parlaments kritisiert, andererseits müsst ihr bei diesem lobbyieren oder gar mit ihm zusammenarbeiten, wenn ihr eure Vorschläge für ein frauengerechtes Familienrecht durchbringen wollt. Gleichzeitig versuchen die progressiven Kräfte in Palästina, das Parlament gegen die autoritären Übergriffe Arafats zu stärken und das Parlament als gewählte Institution aufzuwerten.

Natürlich brauchen wir die Unterstützung des Parlaments für ein gutes Familienrecht. Wir brauchen aber auch ein Parlament, welches das Volk wirklich repräsentiert. Es hätten nämlich schon lange neue Parlamentswahlen geben sollen, doch diese wurden immer wieder verschoben. In Neuwahlen könnten wir unsere Kandidatinnen besser portieren, die dann ja auch unsere Anliegen vertreten würden. Bei den ersten Wahlen zum Parlament, für alle PalästinenserInnen eine neue Erfahrung, wussten wir noch nicht so recht, wie dies zu tun ist. Diesmal sind wir vorbereitet. Ausserdem werden wir viel stärker darauf achten, dass die von uns unterstützten Kandidatinnen wirklich auch ein Bewusstsein für die Geschlechter haben. Wann aber diese Wahlen stattfinden werden, weiss niemand.

Und wann kommt die parlamentarische Debatte über das Familienrecht? Noch vor Neuwahlen?

Das wissen wir auch nicht, alles wird sehr geheim gehalten. Das Familienrecht hat grosse Auswirkungen auf die zukünftige Gesellschaftsform und ist damit ein sehr heikles Thema. Das Familienrecht trifft den kultu-

rellen Kern unserer Gesellschaft. Wenn wir ein progressives Familienrecht diskutieren, gehen die IslamistInnen, ja alle konservativen Kräfte auf die Barrikaden; und umgekehrt.

Aber irgendwann müssen sie ja mit dem Entwurf rausrücken.

Ja, aber wahrscheinlich will Arafat damit zuwarten, bis es im Friedensprozess zu einem Abkommen mit Israel gekommen ist und wir wirklich auf einen eigenen Staat zugehen. Jetzt soll noch alles vermieden werden, das die PalästinenserInnen intern spalten könnte, denn er braucht in dieser schwierigen Phase unsere Einigkeit nach aussen hin. Alles hängt von der aussenpolitischen Entwicklung ab.

Ihr Frauenorganisationen arbeitet an eurem eigenen Entwurf für ein Familienrecht. Werdet ihr wieder ein Schattenparlament durchführen, an welchem ihr über euren Vorschlag debattiert?

Nein, wir wiederholen das Schattenparlament nicht mehr. Wir haben aber ein Komitee gegründet, das alle Frauenorganisationen und auch Menschenrechtsorganisationen vereinen und auch politische Parteien einbeziehen soll. Dieses Komitee wird unseren Entwurf unterstützen und ins Parlament bringen. Auch die Konservativen werden ihren eigenen Entwurf ausarbeiten, so dass es am Schluss drei Vorschläge für das Familienrecht geben wird.

Wir sprechen aber noch nicht öffentlich über unsere Variante. Wir müssen dafür den richtigen Moment abwarten. Es muss auch bemerkt werden, dass die palästinensische Frauenbewegung keine in sich homogene Gruppe ist; sondern ein breites Spektrum von «radikalen Feministinnen» bis hin zu eher konservativen, religiösen Frauen enthält. Wir müssen uns zuerst noch innerhalb der Frauenbewegung darüber einig werden, wie fortschrittlich unser Gesetzesvorschlag sein darf und wo wir Kompromisse eingehen. Wir können nicht zu weit vorpellen, das Volk ist für ein progressives Familienrecht einfach noch nicht bereit, insbesondere nicht, wenn es ihren religiösen Vorstellungen zu widersprechen scheint. Wir haben uns aber auf einige wesentliche Grundlagen für das Familienrecht geeinigt: Dies sind die universellen Menschenrechte, die UNO-Konvention zur Eliminierung der Diskriminierung von Frauen, aber auch kulturelle Grundlagen wie der Koran und die Sharia, und die christlichen Wertvorstellungen, soweit sie nicht frauenfeindlich interpretiert werden.